

HA: Do., 19. 10. 2006

# „Ohrfeige“ für Hanauer Bürger

Präsident dementiert Schließung von Polizeistation, bestätigt aber Stellenabbau – Protest vom OB

Hanau-Großauheim (thb/tok/pm). Heinrich Bernhardt, Präsident des Polizeipräsidiums Südosthessen, hat sich gestern erbost „über die nicht enden wollenden Gerüchte, die Polizeistation in Großauheim würde aufgelöst“, geäußert. „Es gibt nicht die geringsten Absichten, solches zu realisieren“, betonte er.

Es stünde auch das Ministerwort, nämlich keine Station aufzulösen, entgegen. „Ich müsste also erst die dortige Genehmigung einholen; dies habe ich nicht vor“, stellte der Behördenleiter schlussendlich fest, „in der Hoffnung, damit alle Verunsicherungen sowohl in der Bevölkerung als auch innerhalb der Beamenschaft beseitigt zu haben“.

## 95 Arbeitsplätze weniger

Wie der HA berichtete, hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) einen geplanten Abbau von 95 Stellen beim Polizeipräsidium Südosthessen kritisiert. Gerüchteweise war von einer Schließung der Polizeistation Großauheim die Rede. Bernhardt bestätigte, dass „das Polizeipräsidium Südosthessen gehalten ist, 95 Stellen, davon 70 im Tarif- und 25 im Beamtenbereich, abzubauen“. Von den 360 Polizeivollzugsbeamtenstellen, die nach Ruhestandsversetzungen in den Jahren 2007 und 2008 wegfallen, müssten 25 Stellen abgebaut werden. „Was übrigens, gemessen an den anderen Polizeipräsidien, den niedrigsten Beitrag darstellt“, betonte Bernhardt. „Diese Stellen fallen nicht alle dort weg, wo sie frei geworden sind, sondern werden entsprechend der Aufgabenstellung und der Belastung der Dienststellen gerecht verteilt, eine Verteilung nach dem Zufallsprinzip wird es nicht geben“, sagte er weiter. „Der Wegfall von Stellen löst weder bei der Behördenleitung noch bei den einzelnen Dienststellen Freude aus“, ver-

sicherte der Polizeipräsident. Aber es sei einsichtig, dass die Polizei im Rahmen der Ressortdisziplin auch ihren Beitrag zu erbringen müsse.

## Aufklärung von Minister gefordert

Hanau Oberbürgermeister will einer möglichen Auflösung der Polizeistation in Großauheim „vehement entgegenzutreten“. Es erfülle ihn mit einer gewissen Empörung, wie leichtfertig hier mit dem legitimen Sicherheitsbedürfnis der Bürger umgegangen werde, heißt es in einer Pressemitteilung. Seit einigen Tagen verunsicherten neue Gerüchte über eine mögliche Schließung Anwohner und Polizeibeamte gleichermaßen. Mit einem Schreiben an den hessischen Innenminister Volker Bouffier wolle der OB eine rasche Aufklärung darüber erreichen, ob an den aktuellen Befürchtungen etwas dran sei.

Gleichzeitig erklärte er, dass er eine solche Entscheidung, sollte sie denn tatsächlich so kommen, nicht taten- und kommentarlos hinnehmen werde. Eine Schließung der Großauheimer Polizeistation müsse auf die Hanauer Kommunalpolitik wie eine „Ohrfeige“ wirken, so der Oberbürgermeister, denn damit werde die engagiert vorangetriebene Kriminal- und Gewaltprävention der Stadt untergraben. Schließlich liege seit Jahren ein Schwerpunkt auf dem Aspekt der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Mit der Arbeit des Präventionsrates, der Gründung mehrerer themenbezogener Facharbeitskreise und der Beteiligung an der Kampagne „Gewalt-sehen-helfen“ seien wichtige Meilensteine in der kommunalen Prävention gesetzt worden. Auf der anderen Seite habe die Stärkung des Hanauer Sicherheitsteams und der damit einhergehende Ausbau der Präsenz der Ordnungskräfte zu einer wahrnehmbaren Steigerung des subjektiven Sicherheitsgefühl

vieler Menschen in Hanau geführt. Wenn jetzt die Polizeistation in Großauheim geschlossen werde, gehe davon ein Signal aus, das den vorangegangenen Anstrengungen zuwiderlaufe. „Es ist doch paradox, wenn wir zum Schutz der in dieser Stadt lebenden Menschen unter anderem ein neues Bürgeralarm-System installieren und gleichzeitig die Präsenz der Polizei verringert wird.“

## „Fatal für Sicherheitsgefühl der Bürger“

Die Hanauer Stadtverordnetenfraktion Die Linke bezeichnete eine mögliche Schließung der Großauheimer Polizeistation als „fatal“ für das Sicherheitsgefühl der Hanauer Bevölkerung. Die Vorgehensweise der hessischen Landesregierung passt aber ins Bild einer Politik, die die Innere Sicherheit zwar immer betone, jedoch seit Jahren bei Polizei und sozialen Verbänden die Gelder stark kürze. Zudem werde seit Jahren von der CDU-Regierung an Stelle von Profis auf Ehrenamtlichkeit und Privatisierung gesetzt, heißt es in einer Presseerklärung.

So sei der freiwillige Polizeidienst nicht etwa für mehr Sicherheit da, sondern als Vorbote eines Personalabbaus bei der Polizei. Zudem sei es eine gute Entscheidung der letzten Hanauer Stadtverordnetenversammlung gewesen, den freiwilligen Polizeidienst nicht auf eigene Kosten weiterzuführen. Eine zukunftsfähige Kriminal- und Gewaltprävention sehe jedenfalls anders aus. Deshalb unterstütze die Fraktion Die Linke Oberbürgermeister Claus Kaminsky in seinem Bemühen, den Erhalt der Großauheimer Polizeistation sicherzustellen. Die Hanauer Stadtverordnetenversammlung sollte in ihrer nächsten Sitzung einen fraktionsübergreifenden Antrag verabschieden, der sich gegen eine angebliche Schließung der Polizeistation in Großauheim richte.